



**Geschäftsführung
Hauptausschuss**

Frau Piszczan

Telefon: (0221) 221 26014

Fax: (0221) 221 26570

E-Mail: giulia.piszczan@stadt-koeln.de

Datum: 17.07.2020

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 51. Sitzung des
Hauptausschusses vom 13.07.2020**

öffentlich

**5.1.4 Coronabedingte Auswirkungen auf die Unterbringungssituation der
Geflüchteten
1628/2020**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0887/2020**

Herr Joisten stellt den Änderungsantrag seiner Fraktion vor und verweist auf die angespannte Situation in der Unterkunft in der Herkulesstraße.

Frau Heuser stellt die Position der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dar und weist darauf hin, dass etwa dreiviertel der geflüchteten Personen bereits in abgeschlossenen Wohneinheiten untergebracht seien.

Frau Gärtner erläutert die Ansicht der CDU-Fraktion und lobt das Vorgehen der Verwaltung.

Frau Stahlhofen teilt die Ansicht der Fraktion Die Linke mit und spricht sich für den Änderungsantrag aus.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Beschluss:

Der Beschluss der Dringlichkeitsentscheidung und Genehmigung (1628/2020) wird wie folgt ersetzt:

Der Hauptausschuss folgt der Bitte des Integrationsrates in dessen mit Mehrheit im Integrationsrat am 26.05.2020 beschlossenen Dringlichkeitsantrag „Coronabedingte Auswirkungen auf die Unterbringungssituation der Geflüchteten“ (AN/0671/2020) und beauftragt die Verwaltung:

1. Angehörige der vom Robert-Koch-Institut definierten Risikogruppen sowie vulnerable Personen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, zeitnah in abgeschlossenen Wohneinheiten unterzubringen und
2. gemeinsam mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen ein Konzept zu entwickeln, um Gemeinschaftsunterkünfte perspektivisch aufzulösen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke abgelehnt.

II. Abstimmung über die Ursprungsvorlage:

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Anregung des Integrationsrates vom 26.05.2020 zur Kenntnis.

Ebenfalls nimmt er

1. die gängige Praxis, dass vom Robert-Koch-Institut definierte Risikogruppen sowie vulnerable Personen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, in Köln bereits adäquat untergebracht werden, und
2. dass die Verwaltung gemeinsam mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen das Konzept zu Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten aus dem Jahr 2004 überprüft und bei Bedarf unter rechtlichen, haushaltsbedingten, medizinischen, lokalen und integrativen Aspekten weiterentwickelt,

zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion zugestimmt.